

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen

vom:	14.12.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	18.40 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Schul- und Bildungswesen:

Stv Höpfner-Diezemann, Ute - als Vorsitzende -
Stv Bertelmann, Hans-Günter - bis 18.05 Uhr -
Stv Dittert, Katrin
Stv Flohren, Angelika
Stv Gierlich, Michael - für AM Reinhardt, Gudrun ab 16.10 Uhr bis 18.30 Uhr -
Stv Groß, Michael
Stv Kleine, Sancho-Antonio
AM Pfeifer, Joachim
Stv Schleifenbaum, Dorothea
AM Schuß, Lothar
Stv Sonntag, Hartmut - für Stv Sintzen, Gerlinde -
AM Trittman, Klaus
Stv Wolf, Marianne

II. Beratende Mitglieder:

AM Bär, Jochen
AM Burk, Friedrich
AM Denis, Carmen
AM Elemenler, Muhammed
AM Kuhn, Wolfgang
AM Mengel, Erhard - für AM Krämer, Ingrid -
AM Schütte, Brigitte
AM Stipp, Ulrich - bis 17.05 Uhr -
AM Utsch, Ute
AM Walenta, Nicole

III. Als Zuhörer:

AM Schlosser, Karpeter
AM Faßbender, Dirk

IV. Aufgrund besonderer Einladung:

Schulamtsdirektor Kuhnke

V. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
VA Körper
StOAR Keßler
Dipl.-Ing. Krieger - nur öT -
StOI Kreutz - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

AM Reinhardt, Gudrun
Stv Sintzen, Gerlinde

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 3.2 und 4.1 erweitert.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)**

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Flohren bestimmt.

7. AfSuB 14.12.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 21.09.2000 und 17.10.2000

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

7. AfSuB 14.12.2000

3.**3.1 Jung-Stilling-Schule**

Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.11.2000

Die Anfrage wird unter TOP 5 behandelt.

7. AfSuB 14.12.2000

3.2 Raumnot an den Hauptschulen in Eiserfeld und Achenbach

Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.12.2000

Die von Herrn Dr. Rohr vorgetragene Antwort ist der Niederschrift als Anlage beige-fügt.

7. AfSuB 14.12.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Sicherheitsrelevante Mängel an Schulgebäuden, Pavillons und Turn-hallen

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.12.2000

Herr Dr Rohr erklärt zu Protokoll:

„Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte den vorliegenden Antrag zur Gelegenheit nehmen, unser Problem in der Schulbauunterhaltung einmal grundsätzlich zu bewerten. Liest man den vorliegen-den Antrag oberflächlich, könnte man zu dem Schluss kommen, mit der Erstellung weiterer Listen und der Durchführung organisatorischer Maßnahmen zur rechten Zeit könne es zu einer befriedigenden Lösung kommen. Das ist nicht so und ich denke, die Antragsteller sehen das ähnlich.

Unser tatsächliches Problem ist die ungenügende finanzielle Ausstattung im Bereich Bauunterhaltung. Seit 1996 erhalten Sie Baubedarfsnachweise für alle Schulen. Seitdem können wir den Unterhaltungsstau beziffern. Er betrug damals 8,3 Mio. DM unter dringend und 16,3 Mio. DM unter notwendig, also zusammen 24,6 Mio. DM, bei einer Bauunterhaltungssumme von 4,1 Mio. DM. Im Jahre 1999 wurden neben den normalen Mitteln 2,5 Mio. DM Sondermittel investiert. Trotzdem liegen die neu-en Zahlen bei 8,9 Mio. DM dringend und 17,8 Mio. DM notwendig, also zusammen

26,7 Mio. DM, bei einer Bauunterhaltungssumme von 3,8 Mio. DM. Diese Lage hat zu vielen Diskussionen und Anträgen in diesem Ausschuss geführt. Ich zitiere aus den Protokollen.

Haushaltsplanberatungen 1997:

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Mittel für Bauunterhaltungsmaßnahmen um 500.000,00 DM zu erhöhen.

Haushaltsplanberatungen 1998:

Herr Dr. Rohr erläutert die Vorlage. Ergänzend weist er darauf hin, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln jedoch keine ernsthafte Aufarbeitung der entstandenen Reparaturstaus möglich sein werde.

Im Haushaltsjahr 1999 hatten wir 2,5 Mio. DM Sondermittel.

Haushaltsplanberatungen 2000:

Einstimmige Empfehlung des Ausschusses, mindestens 1 Mio. DM mehr für die Bauunterhaltung zu investieren.

Selbst nach Verwerfung dieses Antrages durch den Rat hat der Ausschuss in seiner Sitzung vom 13.04.2000 seinen Beschluss ausdrücklich und einstimmig bekräftigt.

Im Jahre 2000 haben Sie darüber hinaus die Vorlage 352/00 beraten, die ein Aus-stattungsdefizit an Mobiliar von ca. 1,9 Mio. DM feststellt. Schließlich haben Sie ein 5-Jahres-Programm zur Abarbeitung des Investitionsstaus in der Bauunterhaltung erhalten und beraten. Zusammenfassend stelle ich fest: Dem Ausschuss für Schul- und Bildungswesen stehen sämtliche Informationen zum baulichen Zustand der Sie-gener Schulen zur Verfügung. Der Ausschuss hat die nötigen Beschlüsse gefasst. Es gilt jetzt, sie im Haushalt umzusetzen.

Durch die Erfahrungen der letzten Jahre lässt sich der dafür notwendige Mindestbe-darf auch ohne exakte Abschreibung ziemlich genau erfassen.

1. Um die Schäden nicht weiter ansteigen zu lassen, sind meiner Einschätzung nach 850 TDM zusätzlich erforderlich, dazu kommen 150 TDM für Ausstat-tungsgegenstände - zusammen 1 Mio. DM jährlich auf Dauer.
2. Um wenigstens den unter dringend angegebenen Bedarf von ca. 9 Mio. DM abzuarbeiten, benötigen wir ein 5-Jahres-Programm von 2 Mio. DM jährlich (im 5. Jahr 1 Mio. DM).

Zusammen sind also jährlich mindestens 3 Mio. DM mehr erforderlich für die Dauer von ca. 5 Jahren. Dabei meine ich kassenwirksam verausgabtes Geld. Sollte die Lage der Stadt Sie-gen Haushaltssperren und/oder Nichtübertragungen von Haushaltsmitteln erforderlich machen, sind die dadurch ausfallenden Summen im Folgejahr zusätzlich zu ver-anschlagen.

Auch dieses Programm bedeutet noch große Probleme in einigen Schulen für die nächsten Jahre, bis es gegriffen hat. Wollen Sie das vermeiden, müssen weit größere Summen investiert werden. Die Folgen einer weiteren Nicherhöhung der Bauunterhaltungsmittel liegen auf der Hand. Die Schäden werden weiter fortschreiten, der Unterricht wird noch stärker beeinträchtigt, die Proteste werden zunehmen. Ich halte das für nicht hinnehmbar."

Eine Übersicht über den Bauunterhaltungszustand der Siegener Schulen in den letzten Jahren ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Pfeifer erklärt, im Bauunterhaltungsbereich der Schulen ticke eine Zeitbombe. Die Bausubstanz sei in einem katastrophalen Zustand und verschlechtere sich ra-pide, wobei eine unproportionale Steigerung des Unterhaltungsstaus zu registrieren sei.

Er kritisiert den Antrag der CDU-Fraktion, da dieser zu keiner Lösung der Problema-tik beitrage, sondern von den eigentlichen Ursachen ablenke und eine Schuldzuwei-sung an die Verwaltung vornehme. Dabei könne die Verwaltung auf die Missstände nur noch reagieren. Nach Beseiti-gung der eklatantesten Mängel seien die zur Verfügung stehenden Unterhaltungs-mittel in der Regel bereits aufgebraucht, danach regiere das „Prinzip Hoffnung“. Die einzige Lösung zum effektiven Abbau des Unterhaltungsstaus sei die zusätzli-che Bereitstellung von Finanzmitteln in erheblichem Umfang. Zudem seien ein mittelfristiges Sanierungskonzept sowie ein grundsätzliches Konzept zum Gebäude-management erforderlich.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN halte den Antrag der CDU-Fraktion für überflüssig und werde ihm daher nicht zustimmen, so Herr Groß. Letztlich helfe nur, notwendige Mittel im Haushalt einzustellen, wobei man sich nicht nur auf das drin-gend Erforderliche bescheiden sollte.

Sinnvoll sei eine systematische Werterfassung der Schulgebäude, an der sich die Höhe der bereitzustellenden Finanzmittel zu orientieren hätten. Damit werde wenig-stens eine Substanzerhaltung erreicht. Im Übrigen habe die Verwaltung eine solche Erfassung bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen 1997 zugesagt.

Herr Bertelmann erachtet das Finanzierungskonzept des Herrn Dr. Rohr zur Um-setzung der dringendsten Bauunterhaltungsmaßnahmen für realistisch. Alle darüber hinausgehenden Forderungen seien mit dem städtischen Haushalt nicht vereinbar. Der vorliegende Antrag sei bei der Problembewältigung wenig hilfreich.

Frau Höpfner-Diezemann führt aus, der Antrag habe zur Intention, durch das Auf-zeigen der gravierendsten baulichen Unzulänglichkeiten künftig Störungen des Schulbetriebes, wie in der jüngsten Vergangenheit an der Jung-Stilling-Schule, zu vermeiden. Eine Schuldzuweisung an die Verwaltung sei nicht beabsichtigt. Die Notwendigkeit, zusätzliche Finanzmittel zur Bauunterhaltung bereitzustellen, werde nicht verkannt. Ein entsprechendes Engagement sei gefordert.

Der Beschlussvorschlag werde dahingehend geändert, dass der bisherige Punkt 1 gestrichen und die Punkte 2 und 3 eine Änderung bzw. Ergänzung erfahren würden.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

1. Der Baubedarfsnachweis ist nach und nach abzuarbeiten. Dafür ist im Haus-halt ein weitaus höherer Betrag einzustellen als in den vergangenen Jahren.
2. Der Schulentwicklungsplan ist wegen sich verändernder Schülerzahlen fort-zuschreiben und dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen. Dies soll zeitnah nach dem Stichtag der Erhebung der Schülerzahlen 2001/2002 geschehen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 4 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90 /
2 Enthaltungen (SPD, UWG)

DIE GRÜNEN),

7. AfSuB 14.12.2000

5. Sachstandsbericht zur Pavillonanlage der Jung-Stilling-Schule - Gemeinschaftsgrundschule im Stadtteil Weidenau

Vorlagenr. 861/00 - Vorlage vom 22.11.2000

und

Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.11.2000

Ergänzend zur Vorlage sowie im Hinblick auf die Anfrage der SPD-Fraktion trägt Herr Keßler vor, bereits in der Schulentwicklungsplanung sei auf die bauliche Abgängigkeit der Containeranlage hingewiesen worden. Es habe diverse Prüfungen gegeben, wie der Wegfall der Anlage aufgefangen werden sollte. Diese reichten von einer eventuellen Nutzung der Containeranlage Am Hengsberg oder einem Container aus dem Übergangsbereich bis hin zu schulorganisatorischen Maßnahmen.

Fest habe nur gestanden, dass die Schülerzahlenentwicklung im SEP eine Erweiterung als Massivbau unter Fördergesichtspunkten nicht ermöglichte. Aus verschiedenen Gründen habe sich im Endeffekt die nun vorgeschlagene Lösung als die fachlich richtige herauskristallisiert.

Wie bereits in der Vorlage dargestellt, sei die Entwicklung der Schule in eine Zweizügigkeit festzustellen. Insofern sei geplant gewesen, so lange wie möglich die Pavillons in Betrieb zu lassen, da eine Gefährdung nicht vorliege. Als am 22.09.2000 von der Schulleitung mitgeteilt worden sei, dass Feuchtigkeit in den Deckenbereich eindringe, sei mit der Schulleitung vor Ort eine erneute Besichtigung durchgeführt worden, bei der man vereinbart habe, dass die Pavillons kurzfristig aufzugeben und Alternativen im Gebäude zu prüfen seien. Ergebnis dieser Prüfung sei die Vorlage.

Laut der Begutachtung durch einen Baustatiker sei der Pavillon zwar noch eingeschränkt funktionsfähig, eine weitere Unterhaltung und Bewirtschaftung jedoch aufgrund der insgesamt angegriffenen Bausubstanz unrentabel.

Der für eine Übergangszeit vorgesehene Untergeschossraum sei entgegen mehrerer geäußerter Vermutungen als Klassenraum nutzbar. Die Fensterflächen entsprächen den Bauvorschriften und die Luftmessungen des Gesundheitsamtes ebenso wie die Langzeitmessung der Umweltabteilung hätten keine auch nur geringfügig erhöhten Luftfeuchtigkeitswerte ergeben.

Die vorgesehene Verlegung des Schulkindergartens in die Giersbergschule im laufenden Schuljahr bedaure er ausdrücklich, obwohl dieser Vorschlag aufgrund der Fakten nachvollziehbar sei. Für die 14 Kinder, von denen 6 aus dem Grundschulbezirk der Giersbergschule kämen, werde die Schulverwaltung versuchen, die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Die Abstimmung mit den Betroffenen wäre bei entsprechender Beschlussfassung am 15.12.2000 angelaufen.

Am 13.12.2000 sei bei der Schulverwaltung jedoch ein Schreiben der Schulpflegschaft der Schule eingegangen, worin Schulpflegschaft und Schulleitung die Stadt bäten, die Pavillonanlage bis zu den Sommerferien weiter nutzen zu können. Hintergrund dieser Bitte sei die schriftliche Bewertung durch einen von der Stadt beauftragten Gutachter. Dieser habe die bisherigen Aussagen der Stadt, wonach keinerlei Bedenken gegen die Standsicherheit bestünden, bestätigt und auf die Unrentierlichkeit weiterer Reparaturen hingewiesen. Wenngleich sich dadurch zur in der Vorlage geschilderten Situation keine Änderungen ergäben, schlage er vor, dem Wunsch von Schulleitung und Schulpflegschaft zu entsprechen, die Umsetzung des unterbreiteten Beschlussvorschlages bis längstens zum Schuljahresende auszusetzen. Es müsse jedoch der Vorbehalt gelten, dass ein neuerlicher Reparaturbedarf nicht entstehe. Hierbei seien Schulleitung und Schulpflegschaft darauf hinzuweisen, dass anderenfalls die vorgeschlagenen Maßnahmen sofort, auch unter Inkaufnahme entsprechender Beeinträchtigungen im Schulbetrieb, umgesetzt würden.

Frau Flohren bringt vor, bis auf Punkt 5 sei die Anfrage der SPD-Fraktion durch die Vorlage sowie den Vortrag des Herrn Keßler beantwortet worden.

In Beantwortung des Punktes 5 der Anfrage erklärt Herr Dr. Rohr, die Betroffenheit der Eltern sei verständlich. Da seit Jahren aber nur eine Mangelverwaltung betrieben werden könne, habe sich bei Problemsituationen der vorliegenden Art eine bestimmte Verfahrensweise bewährt. Die Schulverwaltung nehme zunächst Kontakt zur Schulleitung auf, dann würden Schulkonferenz und schließlich die Elternschaft beteiligt.

Beschluss (mit Ergänzung):

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung der unter der in der Vorlage benannten Variante 1 aufgeführten Maßnahmen.

Der Beschluss wird unter dem Vorbehalt, dass ein neuerlicher Reparaturbedarf nicht entsteht, längstens bis zum Schuljahresende 2000/2001 ausgesetzt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

7. AfSuB 14.12.2000

**6. Erweiterungsbau der Realschule Am Hengsberg;
hier: Vorstellung der Planung**

Mündlicher Bericht

Herr Krieger erläutert eingehend die Planung.

Herr Kuhn beklagt, das Kollegium der Schule sei im Vorfeld nicht an den Planungen beteiligt worden. Er weist auf ein an Herrn Stadtbaurat Brune gerichtetes Schreiben der Schulkonferenz hin, in dem Ästhetik und Funktionalität des Erweiterungsbaues kritisiert würden.

Die Verwaltung werde mit allen Beteiligten in Dialog treten und versuchen, eine Kompromisslösung zu erzielen, so Herr Dr. Rohr. Über das Ergebnis werde der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung informiert.

◆◆◆ Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen erklärt sich mit der von der Verwaltung beabsichtigten Vorgehensweise einverstanden, bittet aber, Vertreter der Fraktionen an den Gesprächen zu beteiligen.

7. AfSuB 14.12.2000

7. Baubedarfsnachweis für die Schulen in städtischer Schulträgerschaft

Vorlagenr. 862/00 - Vorlage vom 20.11.2000

Frau Wolf hinterfragt, warum verschiedene im Baubedarfsnachweis 2000 als dringlich bezeichnete Positionen in der Zusammenstellung für das Jahr 2001 nur noch in der Rubrik „notwendig“ geführt würden.

Frau Flohren stellt fest, im Nachweis seien nur Maßnahmen erfasst, die einen Kostenrahmen von 10.000,00 DM überschritten. Sie bittet, den Kostenrahmen der Maßnahmen, die unter dieser Betragsgrenze blieben, zu beziffern.

Herr Krieger sagt zu, die Fragestellungen in einer Anlage zur Niederschrift zu beantworten.

Protokollanmerkung: Die Anlage wird nachgereicht.

◆◆◆ Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt Kenntnis.

7. AfSuB 14.12.2000

8. Sachstand der Umsetzung des Bauunterhaltungsprogramms 2000

Mündlicher Bericht

Herr Krieger erklärt, der aktuelle Bewirtschaftungsstand der Mittel zur baulichen Unterhaltung der Schulen stelle sich wie folgt dar:

Haushaltssoll 2000	3.845 TDM
übertragene Haushaltsreste	<u>528 TDM</u>
insgesamt in 2000 verfügbar	4.373 TDM

Anordnungen auf Haushaltsreste	528 TDM
Anordnungssoll	3.570 TDM
vergebene Aufträge	<u>341 TDM</u>
insgesamt in 2000 bewirtschaftete Mittel	4.439 TDM

◆◆◆ Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt Kenntnis.

7. AfSuB 14.12.2000